



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Tagung am 22. Oktober 2013 in Siegburg

Das Erleben urbaner Öffentlichkeit in den Straßen, auf Plätzen und in Parks lassen Städte attraktiv erscheinen. Kommunen gestalten öffentliche Räume in zentralen Lagen, um ihr Image zu stärken. Das Ideal städtischer Öffentlichkeit zählt zum Leitbild der „Europäischen Stadt“. Im kollektiven Gedächtnis europäischer Stadtgesellschaften gilt Öffentlichkeit als Garant für Demokratie und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft. Öffentliche Räume haben somit stadtpolitische Bedeutung.

Die Tagung „Städtische Öffentlichkeit – öffentliche Stadträume“ widmete sich einer Bestandsaufnahme im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. Welche Vorstellungen von Öffentlichkeit gibt es in den Städten? Inwieweit sind sie mit planerischen Konzepten öffentlicher Stadträume verknüpft? Und wer definiert sie? Diese und andere Fragen leiteten die Diskussion an, die weitere Themen berührte, zum Beispiel

- den Einfluss gesellschaftlicher Trends auf die Nutzung von Stadträumen,
- die Spannungsfelder von Stadtmarketing und Nutzungsansprüchen öffentlicher Räume,
- die Förderung städtischer Öffentlichkeit durch Politik und Planung,
- Konflikte um öffentlichen Raum.

Städtische Öffentlichkeit – öffentliche Stadträume

Städtische Öffentlichkeit – öffentliche Stadträume

Das Programm der Tagung

10:15 Uhr Begrüßung
DirProf. Harald Herrmann, BBSR

10:45 Uhr *Wissenschaftliche Zugriffe*
Moderation: Dr. Gabriele Sturm, BBSR

**Öffentlichkeit als eine Grundvoraussetzung menschlichen Seins.
Überlegungen zu einer Philosophie des öffentlichen Lebens**
Dr. Thomas Ebers, 4 2 3 Institut für angewandte Philosophie und
Sozialforschung Bonn

**Reichtum Öffentlichkeit: Soziologische Überlegungen zur
Funktion und zum Wandel öffentlicher Räume in der Stadt**
Prof. Dr. Christine Weiske, TU Chemnitz

**Der öffentliche Raum: Ein Zustand – Wechselwirkungen von
Nutzung und Gestaltung**
Prof. Stefan Rettich, Hochschule Bremen

14:00 Uhr *Praxis-Podium*
Moderation: Dr. Brigitte Adam, BBSR

Stefan Wessels, Bereich Stadtplanung Wesseling
Maria Kröger, Amt für Stadtentwicklung und Statistik Köln
Bernhard Keßler, Stadtentwicklungsreferat Aschaffenburg
Benjamin David, die urbanauten München
V-Prof. Dr. Carlo W. Becker, BTU Cottus / bgmr Landschafts-
architekten Berlin/Leipzig

16:00 Uhr *Plenumsdiskussion mit Podium*



Vorwort

Zu öffentlichen Stadträumen gibt es zahlreiche Assoziationen: Marktplatz, Gemeinwesen, öffentliches Leben, politisch, begegnen, lernen, verändern – alle Begriffe bringen auf den Punkt, wie viel Bewegung in der Debatte darüber steckt, was öffentlichen Raum und städtische Öffentlichkeit ausmacht. Sie machen anschaulich, dass beide etwas Dynamisches sind und ständigen Veränderungen unterliegen.

„Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben“. Das Zitat stammt – Sie wissen es sicher – von Jürgen Habermas. Habermas hat wesentlich den Diskurs darüber geprägt, was Öffentlichkeit ist, wie sie sich verändert und welche Funktion sie für die Demokratie hat. Öffentlichkeit ist für eine moderne, republikanisch geprägte Gesellschaft wesentlich. Was Öffentlichkeit ist, welche Orte und Ereignisse als öffentliche gelten, das hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Vor allem die neuen Medien beschleunigen diesen Wandel. Immer stärker ist davon die Rede, wie zersplittert Öffentlichkeit ist. Die Schnittmenge dessen, über das wir reden, wird mithin kleiner.

Umso wichtiger also, Öffentlichkeit dort festzumachen, wo wir uns treffen, begegnen, uns austauschen: den Kommunikationsräumen vor unserer Haustür. Öffentlichkeit wird dort manifest, wo sich Menschen treffen und miteinander kommunizieren können. Denn Öffentlichkeit hat im Kern etwas mit Offenheit zu tun.

Es ist ja gerade das Erleben urbaner Öffentlichkeit in den Straßen, auf Plätzen und in Parks, was Städte attraktiv macht. Diese Räume sind Aushängeschild der Innenstädte. Deren Popularität bringt natürlich auch neue Verpflichtungen für alle Akteure mit sich. Vielfach lese ich von Lärm und Übernutzung öffentlicher Räume, von deren Kommerzialisierung, aber auch von der Verdrängung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Auch die Vernachlässigung öffentlicher Räume ist ein Thema.

- Welche konkreten Orte in der Stadt sind eigentlich öffentliche Räume?
- Wie werden sie gestaltet, genutzt und gepflegt – und von wem?
- Wem gehören Einkaufszentren, Märkte, Bahnhöfe und ihre Vorplätze?
- Welche Öffentlichkeit trifft sich im Rathaus oder nimmt aktiv an Planungs- und Entscheidungsprozessen teil? Welche besetzt den Park oder Platz?



Diese und viele weitere Fragen kamen uns bei der Vorbereitung der Tagung in den Sinn. Zur Diskussion sollen Antworten aus Wissenschaft und Praxis zusammengeführt werden. Was ist öffentlicher Raum in Klein- und Mittelstädten und was in Großstädten? Wie sieht die Praxis aus und was bedeuten öffentliche Räume für die Planung?

Im Ergebnis hoffen wir, dem Diskurs um städtische Öffentlichkeit und den Stellenwert öffentlicher Räume neuen Schub zu verleihen.

H. Herrmann

Harald Herrmann
Direktor und Professor des BBSR

Wissenschaftliche Zugriffe

Öffentlichkeit als eine Grundvoraussetzung menschlichen Seins: Überlegungen zu einer Philosophie des öffentlichen Lebens



Dr. Thomas Ebers studierte Philosophie, Soziologie und vergleichende Religionswissenschaft. Er ist als Fachbuchautor, Referent und Verleger tätig. In Bonn leitet er das 4 2 3 Institut für angewandte Philosophie und Sozialforschung.

Aktuell befasst er sich mit Fragen von

- Inklusion,
- Gerechtigkeitstheorien,
- Wertewandel und Ethik,
- Fragen des spatial turn,
- Beziehung von Kunst und Philosophie.

Dr. Thomas Ebers (4 2 3 Institut für angewandte Philosophie und Sozialforschung Bonn) leitete die wissenschaftlichen Perspektiven mit philosophischen Überlegungen unter dem Titel „Öffentlichkeit als eine Grundvoraussetzung menschlichen Seins. Überlegungen zu einer Philosophie des öffentlichen Lebens“ ein. Er formulierte sieben Thesen, anhand derer er den bislang uneingelösten Anspruch von „Öffentlichkeit“ begründete.

Öffentlichkeit ist ein historisch altes Phänomen. Es ist nicht erst in und mit der modernen Gesellschaft entstanden. Dieser Irrtum basiert auf einer Verwechslung von Öffentlichkeit mit medialer Öffentlichkeit in unserem heutigen Verständnis.

Ebers gründete seine gesamte Thesenfolge darauf, dass in der europäischen Geistesgeschichte Öffentlichkeit als historische und denkerische Konstante präsent ist. Die bis heute wirksame Bedeutsamkeit des öffentlichen Raums entstand in der antiken griechischen Polis. Bereits dort galt Öffentlichkeit im Sinne einer Sphäre der Freiheit als Ideal. Deshalb war Unsterblichkeit nur zu erlangen, indem die Gedanken in die städtische Öffentlichkeit getragen wurden. Als Anspruch ist uns jenes traditionelle Konzept von Öffentlichkeit tagtäglich eine Herausforderung. Zugleich ist unsere heutige Vorstellung von Öffentlichkeit stark von unseren Erfahrungen mit medialer Öffentlichkeit geprägt. Diese folgt allerdings anderen Kriterien und ist mit dem ursprünglichen Anspruch nicht gleichzusetzen: Im öffentlichen Diskurs eine überzeitlich geteilte Wahrheit anzustreben folgt einem anderen Zweck als bei einer großen Zuhörerschaft kurzfristige Aufmerksamkeiten zu erregen.

Unser Denken, Sprechen und Tun, kurz unser bewusstes Dasein insgesamt, ist durch und durch öffentlich.

Öffentlichkeit ist dialogisch angelegt. Diese Vorstellung wurde bereits von Sokrates vertreten, der davon ausging, dass Gedanken nur im Gespräch entwickelt werden können. Deshalb ist weder isoliertes Denken vorstellbar noch eine Privatsprache, die auf das Private reduziert sein kann. Um ein Gemeinwesen entwickeln zu können, brauchen wir gemeinsam geteilte Regeln. Diese entstehen aus einer gemeinsamen bzw. einer kommunizierten Praxis. Dafür dient Sprache als Medium. Als Sprechende

sind wir auf Gemeinschaft angewiesen und somit auf Öffentlichkeit ausgerichtet.

Politik geschieht in der Öffentlichkeit. Das bedeutet, Öffentlichkeit ist der Bereich des menschlichen Lebens, in dem Menschen über ihr gemeinschaftliches Leben gemeinsam selbst entscheiden.

Die antike Öffentlichkeit war durch Ausschluss geprägt. Sie war nur Bürgern und Männern zugänglich. In deren Bewusstsein zählten Kinder, Frauen und Sklaven nicht zur Öffentlichkeit – sie hatten keinen Zugang zu den wenigen öffentlichen Stadträumen (Agora, Philosophengarten, Theaterbühne). Aus philosophischer Sicht jedoch waren sie nicht aus der Öffentlichkeit herauszulösen, denn Nichtanwesenheit ist genauso öffentlich wie Öffentlichkeit selbst. Die Stadtgesellschaft als Ganze fand sich im öffentlichen Raum bzw. in der Öffentlichkeit des Gemeinwesens nicht wieder. Diese in der Antike mit Öffentlichkeit verknüpften Beschränkungen haben bis in die Moderne hinein Wirkung gezeigt. Es gibt nach wie vor Exkludierte, die von zentralen Freiheiten des öffentlichen Lebens ferngehalten werden.

In der Moderne hat sich Öffentlichkeit zu einem bewertenden Publikum gewandelt. Dieses steht dem Staat quasi gegenüber, begreift sich als urteilsfähiges Pendant. Die Grundlage dafür legte die Aufklärung mit ihrem Versprechen, mittels Erziehung und Bildung für alle Menschen den Weg aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu gewährleisten (Kant). Dadurch wird Öffentlichkeit zunehmend als politische Form des Bewusstseins verstanden – was gleichwohl bis

heute ein uneingelöster Grundsatz unserer demokratischen Gesellschaften bleibt.

Öffentlichkeit und Privatheit schließen sich nicht gegenseitig aus. Vielmehr korrespondieren sie, weil (kritische) Öffentlichkeit auf Privatheit angewiesen ist.

Thomas Ebers vertritt die Position, dass Öffentlichkeit nicht ohne Privatheit zu denken ist. Damit tangierte er in seiner vierten These auch ein zentrales Prinzip von Architektur und Städtebau. Privatheit hat in der Moderne ein besonderes Verhältnis zur Öffentlichkeit entwickelt. Das 20. Jahrhundert hat uns gelehrt, dem Publikum zu misstrauen; zu oft ist die Masse „falschen Klawneuren“ hinterhergelaufen. Das erfordert zum einen eine kritische Haltung gegenüber dem Publikum als moderner Öffentlichkeit. Zum anderen scheint die Privatheit der eigenen vier Wände die einzige Möglichkeit, sich vor Übergriffen und medialen Verführungen zu schützen und Abstand zu einer unkritischen Masse zu gewinnen. Insofern korrespondieren heutzutage Öffentlichkeit und Privatheit miteinander.

Öffentlichkeit läuft aktuell Gefahr, als bloßer Ort für die Zurschaustellung von Privatem missverstanden zu werden.

Weiterhin stellte Ebers einen erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit fest: Statt des Nachdenkens über Wege zur Qualifizierung des Gemeinwesens werden private Dramen zur Schau gestellt. Da muss gefragt werden, wo eine kritische Öffentlichkeit heute ist. Nach wie vor erzeugt heutige Öffentlichkeit zwar ein Gemeinschaftsgefühl, aber keine Kommunikation. Öffentlichkeit erscheint als Darstellungsplattform wichtiger denn als Denkraum. Heute erfahren wir städtische Öffentlichkeit vielfach als Repräsentation des Privaten. Dazu gehört die Eventorientierung genauso wie die Inszenierung von privaten Lebensstilen an öffentlichen Orten (z. B. Grillabende am Flussufer).

Beides belegt die Diskrepanz zwischen Öffentlichkeit und Offenheit. Statt übergreifendem Diskurs dominieren Teilöffentlichkeiten unverbunden nebeneinander.

„Geschlossene Öffentlichkeiten“ (die dazu anregen, das Innere nach außen zu kehren), additive Elemente (Öffentlichkeit als bloße Summe von Privatem), öffentliche Events (gefühlsorientierte Spektakel) tragen nicht zu einem selbstbestimmten Miteinander bei.

Geschlossene Öffentlichkeiten finden sich heute nicht nur in physischen Stadträumen, sondern insbesondere in den „social media“. Große Gruppen einander fremder Menschen entdecken einen vermeintlichen Gemeinsinn im Austausch alltäglicher Belanglosigkeiten. Dabei bleiben sie jedoch in der Privatsphäre verhaftet, denn es fehlt die Absicht, möglicherweise verändernde öffentliche Denkprozesse zu generieren. Ähnlich agiert die Demoskopie, die ebenfalls nur anonymisierte Privatmeinungen erfasst. Weder inszenierte Gefühlswelten noch „gefällt mir“-Quoten noch das „Diktat der Sonntagsfrage“ gehen über das Bekannte hinaus – Letzteres zählt jedoch zum Bedeutungskern von Öffentlichkeit.

Städtische Öffentlichkeit wird bewahrt und reanimiert, wenn öffentliche Stadträume als Orte des Verweilens angelegt werden; Orte, an denen Öffentlichkeit stattfindet oder stattfinden kann.

Mit der abschließenden These stellte der Referent die unmittelbaren Bezüge zu öffentlichen Stadträumen und zur Stadtentwicklung her. Die Forderung nach Orten zum Verweilen als Voraussetzung für städtische Öffentlichkeit wird aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Analysen abgeleitet. Zum einen verweist Ebers auf Richard Sennett, der öffentliche Räume heutzutage vor allem als Räume der Fortbewegung klassifiziert. Zum andern führt er Marc Augé an, der pointiert von Nicht-Orten spricht,

womit er unter anderem auch städtische Transiträume kennzeichnet. In diesem Sinne zählen auch Shopping-Malls als Transiträume, da sie keine Kriterien klassischer Öffentlichkeit erfüllen.

Die anschließende Diskussion vertiefte die Position, dass eine aufgeklärte Gesellschaft europäischen Stils ohne den Anspruch von Öffentlichkeit nicht denkbar ist. Zugleich braucht Öffentlichkeit Zeit und Raum. Öffentliche Stadträume dürften deshalb nicht nur Transiträume sein, sondern müssten Platz für anderes bieten und offen für Veränderung sein. Städtische Öffentlichkeiten sind als beratende und kommunizierende Öffentlichkeiten auf Partizipation angelegt – verstanden als gemeinschaftliches Gestalten des Lebens.

Im Unterschied zu Hannah Arendt, deren Öffentlichkeitskonzept stark durch ihre Erfahrungen mit dem Totalitarismus geprägt war, sind Öffentlichkeit und Privatheit heute nicht mehr einander ausschließend zu denken. Entsprechend überlappen sich auch die Verständnisse von bewusstem, auf Veränderung ausgerichteten Handeln in Abgrenzung zu einem kaum reflektierten Verhalten. Gleichwohl hat sich verbreitet die Vorstellung erhalten, dass Handeln, Gestalten und Neuanfang zusammenspielen. Und dieses Zusammenspiel materialisiert sich idealerweise auch im konkreten Planungsprozess.

Wie viel Wissen über die in öffentlichen Raum eingeschriebenen Kriterien auf Seiten der Stadtplanung vorhanden sind, blieb als Frage offen. Desgleichen wurde auf die Bedeutung, die Welthandel auf die Entwicklung europäischer Städte hatte, hingewiesen, ohne dass Überlegungen zum Zusammenhang von Ökonomie und Öffentlichkeit weiterverfolgt werden konnten.

Reichtum Öffentlichkeit: Soziologische Überlegungen zur Funktion und zum Wandel öffentlicher Räume in der Stadt



Prof. Dr. Christine Weiske studierte Philosophie und Soziologie und hat viele Jahre als Stadt- und Regionalsoziologin an verschiedenen Hochschulen geforscht und gelehrt (Weimar, Dortmund, Chemnitz). Sie hat Erfahrungen in der Kooperation mit Planer_innen und Architekt_innen nicht nur im Rahmen der universitären Ausbildung, sondern auch aus gemeinsamen Projekten.

Ihre Arbeitsschwerpunkte sind:

- Stadtentwicklung und Stadterneuerung in Ostdeutschland
- Soziologie und Geschichte des Wohnens
- Residenzielle Multilokalität
- Soziologie des Raumes und Sozialraumanalysen
- Partizipation: Bürger_innenbeteiligung Moderation, Öffentlichkeitsarbeit
- Nachhaltige Entwicklungen des Siedlungssystems
- Beziehung von Kunst und Philosophie

Prof. Dr. Christine Weiske (TU Chemnitz) nahm anschließend eine kommunikationswissenschaftliche Perspektive ein und sprach über „Reichtum Öffentlichkeit. Soziologische Überlegungen zur Funktion und zum Wandel öffentlicher Räume in der Stadt“. Ihren Vortrag gliederte sie in drei Teile:

Öffentlichkeit kann als ein Spezialfall von Kommunikation verstanden werden

„Kommunikation wird in Anlehnung an Luhmann als erfolgreiche Mitteilung definiert, wobei der Erfolg darin besteht, daß eine als Mitteilung gemeinte Handlung auch als Informationsangebot verstanden wird und der Empfänger die Botschaft außerdem inhaltlich deutet“ (Westerbarkey 1994*). Dafür verfügen die Partner der Kommunikation sowohl über das natürliche Inventar, zu sprechen und zu gestikulieren, das ihnen ihr Körper bietet, als auch über technische Medien der Übermittlung von Informationen. Zur Überbrückung räumlicher und zeitlicher Distanzen zwischen ihnen sind Techniken des Briefeschreibens, Telefonierens, sind Archive oder Bibliotheken geeignet. Einer gelingenden Kommunikation liegen geteilte Intentionen und gemeinsame Vorstellungswelten zugrunde. Öffentlichkeit besteht als ein „kognitives Sozialverhältnis“ zwischen einem Mitteilungsgeber und einem Rezipienten. Dafür genügen nach Westerbarkey bereits zwei Personen und ein Thema.

An städtischen Öffentlichkeiten – vor allem, wenn sie politische Inhalte entwickeln – sind gemeinhin mehr als zwei Leute beteiligt. Sie können die Dimension der Massenkommunikation annehmen (wie z. B. bei Demonstrationen und Kundgebungen). Selbst wenn sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht persönlich ken-

nen, verfügen sie praktisch über ein geteiltes Zeichensystem und geteilte Intentionen, die die konkrete Situation ausmachen. Diese kann durch sehr verschiedene politische Intentionen getragen sein, so dass öffentliche Kommunikationen beispielsweise Pluralität, Partizipation und Emanzipation befördern wie auch Kontrolle, Reglementierung oder Konformität verfolgen können.

Städtische Öffentlichkeiten beruhen auf kulturellen Konventionen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an städtischen Öffentlichkeiten beziehen sich auf kulturelle Konventionen. So sind bestimmte Orte ausgezeichnet worden, die sich für die Praxis öffentlicher Kommunikation als geeignet erwiesen haben. Diese sind in unserem Kulturkreis meist mit der politischen Konzeption und Geschichte der europäischen Stadt eng verbunden – was nicht heißen soll, dass nicht andere Kulturen ihre eigenen Orte der öffentlichen Kommunikation kreiert hätten.

Die Orte städtischer Öffentlichkeiten liegen trivialerweise in der Stadt und unterscheiden sich von den Orten der Intimität und des Geheimnisses. Platz und Straße, Bibliothek und Park, Theater und Stadion sind eingang schon besprochen worden. Aber es gibt auch die ästhetisch geringer aufgeladenen öffentlichen Orte wie die Tankstelle in der Nacht, der Stammtisch am Freitag oder ein bestimmter Spielplatz. Sie ermöglichen als bauliche Anlagen und physisches Substrat die existenzielle Anwesenheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem Raum und einer Zeit. Die Face-to-Face-Situation, in der alle Sinne aktiv sind, macht deren Besonderheit und Unersetzlichkeit aus. Die Möglichkeiten der Wahrnehmung anderer, selbst wahrgenommen zu

* Westerbarkey, Joachim, 1994/2005: Öffentlichkeit als Funktion und Vorstellung. Der Versuch, eine Alltagskategorie kommunikationstheoretisch zu rehabilitieren. In: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zu Medienethik. Münster, S. 53–64.

werden und sich sofort reflektierend aufeinander beziehen zu können, bringen die Dynamik öffentlicher Situationen hervor, in denen Gesellschaften sich konstituieren.

Eine weitere Konvention betrifft die Zugangsbedingungen zu den Situationen städtischer Öffentlichkeiten. In europäischen Städten ist der Zugang zu vielen Orten in der Stadt relativ schwach reglementiert – noch dazu, wenn sie aus Mitteln der „öffentlichen Hand“ finanziert werden. Der möglichst freie Zugang für viele, kulturell unterschiedliche Menschen stellt ihren Übergang von einem lediglich Anwesenden zu einem Teilnehmer bzw. Partner und damit Gleichstellung in Aussicht. Die Stadt als Ort der Integration Vieler und Verschiedener braucht die Öffentlichkeit als Praxis der Integration. Umso problematischer sind die Erschwernisse der Zugänge zu Bibliotheken, Stadien, Parks, Verkehrsmitteln u. ä. Gelegenheiten der Öffentlichkeit durch Nutzungsentgelte oder durch die sozialen Schließungen ganzer Stadtquartiere über die Wirkungsweise des Wohnungsmarktes.

Öffentlichkeit bedeutet Reichtum

Reichtum im Sinne von „hinreichen“ und „erlangen können“ beschreibt eine weite und umfassende Praxis der Öffentlichkeit. Für die Lebensführung der Städterinnen und Städter ist die Teilnahme an den städtischen Öffentlichkeiten eine Bereicherung, weil sie Informationen, soziale Einbettung und den Genuss öffentlicher Orte und Leistungen ermöglicht. Deren Kompetenzen als Bürgerinnen und Bürger der Stadt erweitern sich, indem die vopolitische mit der politischen Sphäre der lokalen Gesellschaft vermittelt werden kann. Das Leben in Städten mit dezidierten Öffentlichkeiten und ihren Angeboten wirkt anziehend. Die lokalen Gesellschaften werden durch ihre städtischen Öffentlichkeiten reicher, indem sie die Aufmerksamkeit füreinander und das Interesse ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer aneinander steigern. Die Stimmung der Stadt bestimmt sich als freundlich, offen und zivilisiert. Die Praxis der städtischen Öffentlichkeiten bleibt auf ihre andauernde Aufrechterhaltung angewiesen, für die sich zivilgesell-

schaftliche Akteure, Akteure der Wirtschaft, die Kommunen wie der Staat engagieren müssen.

Die Diskussion dieses Beitrags zielte vor allem auf diverse Verknüpfungen mit dem vorangegangenen Beitrag. Insbesondere wurde wiederum die Rolle von Regeln und geteilten Vorstellungen betont. Weiter wurde der Zusammenhang von Offenheit und Öffentlichkeit hervorgehoben, was auch ein Kriterium dafür sein könnte, ob ein Innenraum als öffentlicher Raum angesehen werden kann. Schließlich wurde auf den Emanzipationsaspekt hingewiesen, den öffentliche Stadträume für die Zivilgesellschaft haben. Einigkeit wurde hinsichtlich der Einschätzung erzielt, dass ein offener gesellschaftlicher Diskurs über die von Christine Weiske betonten Verantwortlichkeiten für Öffentlichkeit weitgehend aussteht.



Der öffentliche Raum: Ein Zustand – Wechselwirkungen von Nutzung und Gestaltung



Prof. Stefan Rettich studierte Architektur. Seit 1999 arbeitet er in Leipzig zusammen mit Antje Heuer und Bert Hafermalz im gemeinsamen Architekturbüro KARO*. Er hatte bereits an verschiedenen Hochschulen (Leipzig, Dresden, Graz, Kassel, Dessau) Lehraufgaben übernommen, als er 2011 an die School of Architecture Bremen auf die Professur Theorie + Entwerfen berufen wurde.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind:

- Architektur- und Stadttheorie
- Konzepte für Stadt, Land und Region
- Verhältnis von Politik und Raum
- Integrierte Stadtentwicklung
- Stadtumbau und Stadterneuerung

Zum Abschluss der vormittäglichen Runde trug Prof. Stefan Rettich (Hochschule Bremen) architekturtheoretische Überlegungen unter dem Titel „Der öffentliche Raum: Ein Zustand – Wechselwirkungen von Nutzung und Gestaltung“ vor und leistete damit den Übergang zu dem nachmittäglichen Praxis-Diskurs. In fünf Abschnitten – veranschaulicht anhand zahlreicher Fotos – entfaltet er seine Überlegungen zum Wechselspiel von Öffentlichkeit und gebautem Stadtraum:

Eine Vorstellung von Öffentlichkeit: Vom Nolli-Plan zur public domain

Laut Stefan Rettich geht es aus architekturtheoretischer Sicht darum, die Programmierung eines Raumes zu verstehen einschließlich der darin vermittelten Performanzen. Beispielsweise entstand die Piazza del Campo in Siena aus einer lokalen Öffentlichkeit heraus – sowohl, was ihre bauliche Gestalt, als auch, was das zweimal jährlich auf dem Platz stattfindende Pferderennen (Palio de Siena) als Wettkampf zwischen den Stadtteilen betrifft. Heute dient dieses traditionelle Ereignis in seiner typischen urbanen Rahmung als Vorbild für städtische Eventkultur.

Der Architekt Giovanni Battista Nolli erstellte 1748 für die Stadt Rom einen Plan, der Innenräume öffentlicher Gebäude als allen zugänglichen und damit öffentlichen Raum zeigte. In der Folge wurden seitens der Stadtplanung Erdgeschossnutzungen vorgeschlagen oder gar vorgeschrieben, um einen bestimmten Charakter des städtischen Raums zu bewirken. Insofern sei auch heute davon auszugehen, dass in bestimmten städtischen Lagen der Handel bzw. die Erdgeschossnutzungen der Gebäude

darauf Einfluss haben, wie sich der Raum der Straße oder der Plätze in und vor diesen Gebäuden darstellen und entwickeln kann. In dem Buch „Lernen von Las Vegas“ haben Venturi und Scott-Brown den Gedanken Nollis auf die Casinos am Strip von Las Vegas übertragen, da diese ebenfalls rund um die Uhr öffentlich zugänglich sind. Zu überlegen wäre demnach, inwiefern die öffentlich zugänglichen Räume unserer Shopping-Malls ebenfalls zum öffentlichen Raum hinzuzurechnen sind.

Mit dem Beispiel von Jugendlichen, die unter anderem Shopping-Center als allgemeine Treffpunkte nutzen, belegt Rettich seine These, dass auch privat regulierte Orte Öffentlichkeitscharakter annehmen können. Er verweist dafür auf die definitorische Abgrenzung von Maarten Hajer und Arnold Reijndorp, die öffentliche Räume dann als „public domain“ kennzeichnen, wenn Austausch zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen stattfinden kann und stattfindet – selbst wenn dieser Austausch privat organisiert ist. Sie unterscheiden Orte mit einer derartigen Praxis vom „public space“, der für jede und jeden zugänglich ist.

Veränderte Nutzung, Verstärkte Nutzung, Übernutzung: Teilöffentlichkeiten, Konflikte und Regime des öffentlichen Raums

Vielorts resultieren aus einer Summation privater Nutzungen der öffentlichen Stadträume Probleme der Übernutzung. Die zeigt sich allerdings nicht zu allen Zeiten gleichermaßen. So wäre es beispielsweise bei der Straßennutzung an der Konfliktgrenze zwischen Auto- und Fußgängerverkehr sinnvoll, an bestimmten Orten – z. B. vor Lokalen mit starkem

Besucherandrang während der Abend- und Nachtstunden – die Abgrenzung tagsüber und nachts unterschiedlich festzulegen. Dafür braucht es jedoch neben einer allgemeinen Übereinkunft auch einer geänderten Zeichenregelung, damit auch Fremde sich sicher bewegen können. Aber was sehen überhaupt fremde Blicke im öffentlichen Raum? Und worauf reagieren sie? Wie ist eine multikulturelle Sicht auf öffentliche Stadträume zu beschreiben? Das Beispiel „Superkillen“, ein gerade fertig gestellter urbaner Freiraum in Kopenhagen, zeigt dortige Versuche, mit einer symbolischen Möblierung multikulturelle Aspekte des öffentlichen Raums zu thematisieren.

Kontinuum der Kontrolle: Kontrolliert und ausgegrenzt wurde schon immer – Gründe und Formen ändern sich

Öffentlicher Raum sollte weder „Schmuddelecke“ noch Gefahrenzone einer Stadt sein. Insofern sind Kontrollen sinnvoll und notwendig, damit er wirklich offen für alle bleibt. Die Formen der Kontrolle in Städten haben sich dabei fortwährend geändert: Während in früheren Jahrhunderten eine Straßenbeleuchtung bereits eine Kontrollfunktion innehatte, gibt es heute offene wie versteckte Videoüberwachung.

Deutlich zu unterscheiden sind Angsträume und Gefährdungsräume. Anlass zur Besorgnis gibt die Praxis zum Ausweis von sogenannten Gefahrenorten in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, die ohne Legitimierung der Legislative erfolgt. In diesen Gebieten sind die Bürgerrechte teilweise eingeschränkt: So hat die Polizei z. B. die Möglichkeit, ohne Gefährdung oder Verdachtsmoment Personen- und Taschenkontrollen durchzuführen.

Wünschenswert erscheint vor allem in den Großstädten eine laufende und zugleich wenig aufgeregte Kommu-

nikation über die Differenzierung öffentlicher Stadträume hinsichtlich verschiedener Ausprägungen von Sicherheit und über die in der Regel mit Kontrollen einhergehende Einschränkung von Bürgerrechten.

Wenn die Autos nicht mehr fahren: Das Potenzial der autogerechten Stadt

Zu den Versprechungen der städtebaulichen Moderne zählte unter anderem die Aussicht auf eine autogerechte Stadt. Heute äußert sich eine Mehrheit der Stadtbürgerinnen und -bürger sehr kritisch in Bezug auf die Belastungen durch den Kfz-Verkehr vor ihrer Haustür. Zudem lassen die Endlichkeit der Vorräte an fossilen Brennstoffen und die mittelfristig angestrebte CO₂-Neutralität für die Zukunft zumindest eine starke Reduzierung des Straßenverkehrs erwarten. Insofern ist es auch aktuell schon sinnvoll, über die zukünftige Gestaltung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur nachzudenken. Zum Beispiel werden mancherorts am Wochenende bestimmte Schnellstraßen gesperrt, um ein öffentliches Experimentierfeld für alternative Nutzungen zu bieten.

So sprach Stefan Rettich im Unterschied zu Thomas Ebers (bzw. Marc Augé) auch Transiträumen gewisse Qualitäten für städtische Öffentlichkeit zu. Bei weiter nachlassendem Verkehr könnten diese Infrastrukturen in strukturelle Freiräume umgestaltet werden, ähnlich wie dies früher mit den ausgedienten Befestigungsanlagen der mittelalterlichen Städte erfolgt ist. Genauso setzte er sich für den Bestandsschutz großer Plätze ein, die nur zu wenigen Terminen im Jahr eine Plattform für öffentlich wirksame Nutzung bieten. Schließlich wäre nicht vorauszusetzen, welche Bevölkerungsgruppen solche Orte zukünftig zu welchem Zweck nutzen und sich aneignen, welche Öffentlichkeiten sich dort entwickeln werden.

Neutralität als Programm: Komplexe Gesellschaften benötigen einfache Räume mit wechselnden Programmen

Die Erfahrung zeigt, dass in der gebauten Stadt vor allem Plätze ohne bestimmte inhaltliche Festlegung – also in der Konnotation weitgehend neutrale Stadträume – das größte Potenzial für städtische Öffentlichkeiten bieten. Sie sollten in der Form möglichst einfach sein, damit sie mit wechselnden Programmen belegt werden können. Selbst Plätze mit einem ehemals „schlechten Ruf“ sind durch eine Entrümpelung zu öffnen für veränderte und möglicherweise verändernde neue Nutzungen. Eine schlichte Gestaltung bietet verschiedenen Gruppen Anknüpfungspunkte und ermöglicht so, dass eine entsprechende Themenvielfalt an einem solchen Ort zusammengebracht werden kann.

Kontrovers diskutiert wurden anschließend vor allem Fragen von Maßstäblichkeit und Zugriffsrechten auf Stadträume (z. B. Hausrecht) sowie die Rolle eines unternehmerischen Staats und die von privatwirtschaftlichen Akteuren. Wie im Fazit der beiden vorherigen Vorträge wurde auch hier vehement darauf hingewiesen, dass sich Vorstellungen wie Praxis von Öffentlichkeit ändern und es zwingend empirischer Forschung bedarf, um aktuell verstehen zu können, was öffentlicher Raum ist und wie Öffentlichkeit funktioniert.



Handlungsebenen der Planungspraxis

Am Nachmittag richtete sich der Blick auf die konkrete Planungspraxis. Auf dem Podium waren drei Kommunalverwaltungen vertreten: die Stadt Köln durch Maria Kröger Bernhard Keßler für die Stadt Aschaffenburg und Stefan Wessels für die Stadt Wesseling. Die Podiumsdiskussion war bewusst darauf ausgerichtet, Perspektiven unterschiedlich großer Kommunen einzufangen, da die These besteht, dass Partizipationsprozesse, aber auch das Management öffentlicher Räume von der Stadtgröße abhängen können. Weiter beteiligten sich zwei Vertreter aus Planungsbüros, die aufgrund der von ihnen entwickelten bzw. betreuten Projekte vielfältige Erfahrungen mit der Herstellung öffentlicher Räume mitbringen: Dr. Carlo W. Becker von bgmr Landschaftsarchitekten in Berlin/Leipzig und Benjamin David von den urbanauten in München.

Die Diskussion orientierte sich an Fragestellungen, die aus unterschiedlichen Forschungsprojekten zur Stadtentwicklung von BMVBS und BBSR abgeleitet werden konnten: Konzipiert als Übergang von der Theorie zur Praxis sollten Plenum wie Podium die Gelegenheit erhalten, sich vom Alltag zu lösen und in eine Reflexion einzutauchen, ohne dabei abzuheben und den Bezug zur Umsetzung in die Planungspraxis zu verlieren. Zentrale Diskussionsbeiträge werden hier interpretiert und in Stichpunkten wiedergegeben.

Die Diskussionsfragen lauteten:

1. Bei welchen Gestaltungs- und Nutzungskonzepten und -projekten spielt das Thema „Öffentlichkeit in der Stadt“ in seiner theoretischen Dimension eine Rolle? Gibt es Kriterien, die maßgeblich sind bei der Konzipierung öffentlicher Räume? Werden pri-

vate, öffentlich genutzte Räume mit einbezogen?

2. Für welche Personengruppen werden öffentliche Stadträume konzipiert, wer wird ganz besonders angesprochen? Sind diese Fragen insbesondere für den innenstädtischen öffentlichen Raum von Relevanz, da dessen wirtschaftliche Bedeutung (Stichworte: Außenimage, Einzelhandelsstandort) besonders hoch ist?
3. Welche planerischen Instrumente kommen zum Einsatz, wie wird die Pflege öffentlicher Stadträume sichergestellt und wie werden die Beteiligungsprozesse organisiert?

Betrifft: Gestaltungs- und Nutzungskonzepte

■ Wengleich die Selbstverständlichkeit von Planung und Management öffentlicher Räume eine bewusste theoretische Herleitung überlagert, denken Kommunen auch grundsätzlich über Gestaltungskriterien nach. Entsprechend ist pragmatisches Handeln ausgerichtet: „Es geht immer um den Menschen“. Einige Städte haben Leitlinien für die Gestaltung ihrer öffentlichen Räume. Zentrales Gestaltungskriterium sollte die Barrierefreiheit in mehrdimensionaler Hinsicht sein. Jeder und Jedem sollte der angstfreie Zugang zu öffentlichen Stadträumen ermöglicht werden – ein Beitrag zum Ideal von Öffentlichkeit.

■ Städtische Räume werden angeeignet oder nicht. Die Gründe sind nicht eindeutig zu identifizieren. Dennoch gibt es Steuerungsmechanismen, die Unsicherheiten reduzieren. Eine erste Voraussetzung liegt darin, Nutzerinnen und Nutzer (auch potenzielle) mit ihren Nutzungsanforderungen zu kennen und

Dr. Carlo Becker ist Landschaftsplaner und -architekt. Er promovierte an der TU Berlin mit der Arbeit „Die Eigenart der Kulturlandschaft – Bedeutung und Strategien für die Landschaftsplanung“. Seit 1987 ist er freiberuflich im Büro Becker Giseke Mohren Richard – bgmr Landschaftsarchitekten Berlin/Leipzig tätig. Seit dem Wintersemester 2011/12 vertritt er zudem an der BTU in Cottbus die Professur für Landschaftsplanung und Freiraumgestaltung.

Benjamin David ist Geograph. In seiner Diplomarbeit „Feste, Märkte und Proteste – organisierte Ereignisse im öffentlichen Raum in München“ analysierte er Ereignisse, die innerhalb eines Jahres auf Münchens Straßen und Plätzen stattfanden. Er zählt zur Münchner Gruppe die urbanauten. Diese startete 2002 als Debattierclub in Verbindung mit dem Münchner Forum. Daraus erwuchs bis heute eine Bürovereinigung, die sich in Debatten, Konzepte und Projekte für öffentliche Räume einmischte.

Bernhard Keßler ist Architekt. Er ist bei der Stadt Aschaffenburg als Referent für Stadtentwicklung tätig. Ehrenamtlich wirkt er zudem seit 2010 als Vorsitzender des neu gegründeten Architekten- und Ingenieurvereins der Stadt darauf hin, an Baukunst und Bautechnik Interessierte auf dem Gebiet des Bauwesens zusammenzubringen.

Maria Kröger ist von ihrer Grundausbildung her Diplomhandelslehrerin. Während der vergangenen 25 Jahre nahm sie verschiedene Funktionen in der Stadtverwaltung Köln ein. Seit 2005 ist sie dort Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik. Dazu gehören die Abteilungen für Städtebauförderung, Stadtentwicklung sowie Statistik und Informationsmanagement.

Stefan Wessels ist Raumplaner. Er arbeitet im Bereich Stadtplanung der Stadt Wesseling am Rhein. Zu seinen Aufgaben zählen insbesondere die Durchführung von Bauleitplanverfahren sowie die Integrierte Stadtentwicklung und städtebauliche Rahmenplanungen.

anzusprechen. Allerdings gibt es selbst bei gelungener Einbeziehung der unterschiedlichen Interessen nur eine Momentaufnahme der Gestaltungs- und Nutzungsvorstellungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Deswegen müssen Um- und Neugestaltungen offen bleiben für veränderte Nutzungsanforderungen. „Große Würfe“ sind eher starr und stehen Offenheit und Anpassungsfähigkeit entgegen.

■ Angesichts der Multifunktionalität öffentlicher Räume für die Stadtentwicklung und ihrer strukturierenden Funktion sollten Planungen für einzelne Räume in ein städtisches Gesamtkonzept eingebunden sein – was ausdrücklich auch „Transiträume“ einschließt. Wenn auf diese Weise Angebote zum Verweilen in öffentlichen Stadträumen geschaffen und angenommen werden, zeigt sich hierin zumindest ein immanenter Bezug zum theoretischen Konzept von Öffentlichkeit. Gleichzeitig schützt solch ein vernetztes System vor Fehlplanungen, denn es bleibt z. B. die Funktion als vernetztes Freiraum- oder Ökosystem, als Radwege- oder Spazierwegenetz etc.

Betrifft: Besondere Nutzergruppen und Partizipation

■ Partizipation ist wichtig, damit die Planungsprozesse wie die angestrebten Gestaltungen von der Bevölkerung anerkannt werden. Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Stadträume sind nicht gleichermaßen leicht zu beteiligen oder „ansprechbar“. Jugendliche zum Beispiel bedürfen einer gezielten Ansprache und besonderer Bemühungen. Erfahrungen damit wurden mittlerweile in einer Reihe erfolgreicher Modellprojekte gewonnen und dokumentiert. Ein Bezug zum Ideal der Öffentlichkeit liegt dabei darin, dass allen Bevölkerungsgruppen der Zugang zu Partizipationsprozessen gebnet wird.

■ Über Beteiligung im Planungsprozess kann sich ein hohes Maß an Identifikation mit den öffentlichen Räumen ergeben. In Klein- oder Mittelstädten funktioniert dieser Effekt bei der Gestaltung öffentlicher Räume sowohl im eigenen Wohnquartier (direkte Betroffenheit) als auch in innenstädtischen Lagen. Offenbar führen die im Vergleich zu großen Städten leichtere Überschaubarkeit und größere Nähe dazu, dass auch Stadträume, die vom unmittelbaren Wohnumfeld etwas entfernt liegen, in den Blick und die Interessensphäre rücken. Hinzu kommt, dass Interessengruppen und verschiedene Nutzungsanforderungen in kleineren Städten leichter über Schlüsselakteure zu ermitteln sind. Dies wird in der Regel noch dadurch unterstützt, dass Bürgermeisterin oder Bürgermeister – insbesondere wenn sie aus der Kommune selbst stammen – einen guten Überblick und zahlreiche Kontakte in die Bevölkerung haben. In Großstädten mangelt es dagegen häufig an solchen Kenntnissen.

■ Partizipation ist unabdingbar. Bürgerinnen und Bürger müssen sich in den Projekten zur Gestaltung des öffentlichen Raums wiederfinden. Sie müssen sicher sein, dass sie ernst genommen werden und dass sich ihre Beteiligung gelohnt hat. Da kann es dann in den Gestaltungskonzepten durchaus auch zu Ergebnissen kommen, die hart erkämpft wurden, denen aber im Nachhinein keine entsprechende Bedeutung mehr zukommt. Das ist ein Preis der Demokratie, der in Grenzen zu halten, aber dennoch zu zahlen ist.

Betrifft: Planerische Instrumente, Pflege und Organisation der Beteiligung

■ Vielfach sind Gestaltungskonzepte und deren Umsetzung in Programme der Städtebauförderung eingebunden. Die Unterstützung aus den Bund-Länder-Programmen mit ihren formulierten Zielstellungen und definierten Gebietskulissen trägt

dazu bei, öffentliche Räume auch in Stadtgebieten, die nicht im Scheinwerferlicht der Außendarstellung der Kommune stehen (z.B. Programmgebiete „Soziale Stadt“), zu gestalten und in ihren Nutzungsmöglichkeiten zu verbessern. Der innenstädtische öffentliche Raum als Repräsentationsraum der Stadt bildet für die Kommune die Priorität. Hieran lässt sich nicht nur eine Hierarchie in der Bedeutung öffentlicher Stadträume ablesen, sondern auch der unterschiedliche Charakter von Öffentlichkeit, der jeweils hergestellt wird bzw. hergestellt werden soll.

■ Förderprogramme können mehr leisten als lediglich Finanzierungsbeitrag zu sein. Von großer Bedeutung für die Bekanntheit und Frequenzierung neu gestalteter öffentlicher Stadträume ist eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit, die mit den Programmen verbunden sein kann. Hier fehlt es häufig an Eigenmitteln der Kommunen, obgleich Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit maßgeblich zum Planungserfolg beitragen und Investitionen absichern. In diesem Rahmen sind auch temporäre Ereignisse – Events wie Stadtteilstefest oder ähnliches – zu nennen, die Aufmerksamkeit erzeugen. In einem Planungsprozess eingebettet sind Events nicht reduziert auf mediale Öffentlichkeiten, sondern können als Initialzündung für eine erneuerte Organisation eines Gemeinwesens fungieren.

■ Beim Management öffentlicher Räume spielen private Akteure eine wachsende Rolle. Es müssen nicht immer Gewerbetreibende sein, die ihren Standort aufwerten möchten und bereit sind, Gestaltung oder Pflege finanziell zu unterstützen. In einer Stadtgesellschaft mit zunehmendem Anteil von Einpersonenhaushalten kann die Übernahme von Verantwortung für öffentliche Räume – z. B. in Form von Pflegeaufgaben für bestimmte Bereiche – zu einer attraktiven, gemeinschaftsbildenden Aufgabe werden. Innerhalb der Kom-

munen werden Nutzung und Pflege konzeptionell mitgedacht, indem Gestaltungskonzepte ämterübergreifend entwickelt werden (Stadtplanung, Stadtentwicklung, Grünflächen- und Ordnungsamt).

Fazit des Podiums

In der Abschlussrunde wurde für mehr Mut in den Verwaltungen geworben, sich für neue Allianzen bei der Gestaltung öffentlicher Stadträume zu öffnen. Zugleich wurde der Politik nahe gelegt, Experimenten mit Partizipation aufgeschlossener gegenüberzustehen. Weiter wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, eine aktualisierte Zieldebatte zu führen und als Ergebnis Leitlinien für funktionierende Stadträume und Maßstäbe für die Beteiligung von privatwirtschaftlichen Akteuren zu entwickeln. Nur selten sind anspruchsvolle Gestaltungskonzepte allein mit kommunalen Eigenmitteln umzusetzen – ein zentrales kommunales Problem.

Es gibt Hierarchien in der Wertigkeit öffentlicher Räume für die Stadtentwicklung. Innenstädtische Räume stehen ganz oben: Die Innenstadt repräsentiert die Stadt und ist der Empfangsraum für Touristen. Hier sind die Kommunen bereit, in höherem Umfang Eigenmittel einzusetzen. Dennoch spielen auch hier Förderprogramme eine große Rolle, sie können Projekte initiieren oder eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Beim Management öffentlicher Räume wird es zukünftig verstärkt um Kooperationen der öffentlichen Hand mit verschiedensten privaten Akteuren gehen. Wie solche Ko-Produktionen bei der Herstellung öffentlicher Stadträume aussehen können, wird derzeit mancherorts ausprobiert.

Planung schafft zunächst nur ein Angebot. Die Ergebnisse eines partizipativen Planungsprozesses finden in der Bevölkerung deutlich mehr Anerkennung. Aber selbst bei gelungener Partizipation ergibt diese nur eine Momentaufnahme der Ge-

staltungs- und Nutzungsvorstellungen der teilhabenden Bevölkerungsgruppen. Im Nachhinein kann sich sogar herausstellen, dass das eine oder andere ausgehandelte Gestaltungselement doch nicht so gelungen ist.

Über die Zeit entwickeln sich an verschiedensten Orten neue Nutzungsformen und neue Nutzergruppen werden angesprochen – was nur begrenzt vorhersehbar ist. An manchen Stellen kann es so auch zu Konflikten kommen, wenn z. B. Jugendliche abends auf Innenstadtplätzen mit angrenzender Wohnbebauung „ungeplant“ feiern oder wenn sich Sondernutzungen von der Ausnahme zur Regel wandeln. Trotz punktueller Auseinandersetzungen aufgrund widersprüchlicher Partikularinteressen scheinen öffentliche Stadträume, die diese Kennzeichnung verdienen, vor allem durch Flexibilität gekennzeichnet zu sein – es sind multikodierte Plätze, die eine durch Kommunikation und verändernde Begegnungsmöglichkeiten geprägte städtische Öffentlichkeit fördern.





Zur weiteren Diskussion

Im europäischen Kulturkreis ist Öffentlichkeit untrennbar mit der Konstitution von Stadt und Urbanität verbunden. Aus denselben historischen Wurzeln speist sich die Vorstellung, dass gesellschaftliche Öffentlichkeit unverzichtbar für Demokratie und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft ist. Was Öffentlichkeit bedeutet und welche Orte oder Ereignisse als öffentliche gelten, hat sich gleichwohl im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklungen verändert. Die Tagung brachte zahlreiche Aspekte städtischer Öffentlichkeiten und öffentlicher Stadträume zur Sprache. Wiederholt tauchte dabei der Wunsch auf, zu bestimmten Fragestellungen mehr wissen zu wollen und Bedeutungszusammenhänge zwischen öffentlichen Räumen und Öffentlichkeit noch tiefgründiger zu erforschen.

Der Tagungsverlauf bestätigte das Nebeneinander sich je nach Fachdisziplin deutlich unterscheidender Perspektiven und Erfahrungen und leistete einen kleinen Beitrag zur Verständigung und zur Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis, aber auch zwischen Philosophie, Soziologie, Städtebau und Stadtentwicklung. Das Spektrum der fokussierten Stadträume reichte dabei von wenigen Treffpunkten, die sich durch einen dort möglichen Diskurs zum Wohle des Gemeinwesens auszeichnen, bis zur Gesamtheit aller Wege, Straßen, Plätze und Grünflächen, die als innerstädtischer Freiraum gelten können.

Insofern blieb die Eingrenzung, was öffentlicher Raum bzw. Räume einer zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit sind, ambivalent. In diesem Zusammenhang stellen sich beispielsweise Herausforderungen, wie sich städtischer Verkehrsraum als Transitraum und öffentlicher Raum mit Aufenthaltsqualitäten zusammendenken lassen, oder inwiefern Freiraumplanung theoretische Konzepte politischer Öffentlichkeit berücksichtigt bzw. berücksichtigen sollte.

Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer betonten im Laufe des Tages, dass es verschiedene Öffentlichkeiten gibt. Am offensichtlichsten begegnen uns orts- und zeittypische Öffentlichkeiten. Thematisiert wurden konkret dazu große Stadtplätze oder Festwiesen, die oft nur anlässlich bestimmter jahreszeitlicher Feste oder anderer Großveranstaltungen einen Charakter als anziehender und allen zugänglicher Ort der Begegnung und des Austauschs annehmen. Im Sinne politischer Öffentlichkeit ist aber auch jeder Sitzungssaal eines Stadtrats oder (Stadt-)Parlaments ein öffentlicher Raum – wenngleich der Zugang zu den im Prinzip öffentlichen Sitzungen stark kontrolliert wird. Andere Orte zeigen sich tagsüber anders zugänglich als nachts – wechseln zumindest in der Wahrnehmung potenzieller Nutzerinnen und Nutzer ihren Öffentlichkeitscharakter. Damit werden sie gewissermaßen zu hybriden Räumen.

Häufig angesprochen wurde die notwendige Vielfalt an Öffentlichkeiten in Bezug auf die höchst verschiedenen Wünsche und Anforderungen der Stadtbevölkerung in einer stark sozial differenzierten Gesellschaft. Soziologisch gesprochen hängt es vom ökonomischen, sozialen, kulturellen und symbolischen Kapital (Pierre Bourdieu) der Bürgerinnen und Bürger ab, wie sie an städtischer Öffentlichkeit teilnehmen (können) und welche Anforderungen sie an die Nutzung öffentlicher Stadträume stellen. Dafür steht etwa die verstärkt in den 1990er-Jahren geführte Diskussion um sogenannte Angsträume, die aufgrund geringer Beleuchtung oder fehlender Einsicht gemieden werden, obgleich es sich nicht immer um tatsächliche Gefährdungsräume handelt. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass Jugendliche die Stadt anders nutzen als alte Menschen und dass es besonderer Bemühungen bedarf, Jugendliche in Planungsprozessen zu beteiligen. Ähnliches gilt für die Angehörigen unterschiedlicher sozialer Milieus, verschiedener Geschlechter, verschiedener Ethnien oder bestimmter religiöser Überzeugungen. Für eine moderne, internationalisierte Gesellschaft wird es aber immer wichtiger, die Mechanismen der Teilhabe umfassender zu verstehen, um auch zukünftig gerne in gemeinsam entwickelten Städten leben zu wollen.



Migration und Stadt

Informationen zur Raumentwicklung (IzR) 5.2013, Hrsg.: BBSR, Bonn 2013

Preis: 19,00 €

Bezug: service@steiner-verlag.de und Buchhandel

Migration und Stadt – die Betonung liegt meist auf Migration, weniger auf Stadt. Migration ist ein klassisches Stadthema und wird dennoch wenig aus ihrem räumlichen Zusammenhang betrachtet. Im Mittelpunkt der Debatten stehen überwiegend sektorale Integrationsprobleme: in den Arbeitsmarkt, in die Sozialsysteme, in das Bildungssystem. Doch die Formen der Neugestaltung der Vielfalt geschehen nicht in mythischen Integrationskonzepten, sondern vor allem in den Niederungen des Alltäglichen. Ziel des Heftes ist es, einen Querschnitt von Stadt und Stadtgesellschaft zu ziehen sowie soziale, räumliche und bauliche Qualitäten mit einem integrierenden Ansatz zu betrachten. Die Aufsätze verstehen sich als kritische, thesenhafte Diskussionsbeiträge auf dem Weg zur Beantwortung der Frage: Wie kann und soll die vielfältige Stadt der Zukunft aussehen?



StadtZoom – Analysen kleinräumig vergleichender Stadtbeobachtung

Informationen zur Raumentwicklung (IzR) 6.2013, Hrsg.: BBSR, Bonn 2013

Preis: 19,00 €

Bezug: service@steiner-verlag.de und Buchhandel

Raumbezogene Daten werden in der föderal verfassten Bundesrepublik auf allen administrativen Ebenen erzeugt, gesammelt und in Datenbanken zusammengestellt. Auf den Ebenen des Bundes und der Länder liegen regionalstatische Sammlungen flächendeckend in harmonisierter Aufmachung vor. Für die kommunale Ebene ist das nicht so. Gleichwohl besteht für die Bearbeitung zahlreicher Fragestellungen der vergleichenden Raum- und Stadtbeobachtung ein großes Interesse daran, sozialräumliche Daten und Indikatoren nicht nur gesamtstädtisch zu kennen. In diesem Heft werden Reflexionen und Analysen kleinräumiger Stadtbeobachtung auf Basis untergemeindlicher Daten vorgestellt. Dabei geht es um die Präsentation der vorhandenen Datensätze sowie die Schwierigkeiten ihrer Erstellung und Bearbeitung, vor allem aber auch um die Chancen, die sie für eine Stadtbeobachtung bieten.

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Bearbeitung/Ansprechpartner

Dr. Brigitte Adam
brigitte.adam@bbr.bund.de
Dr. Gabriele Sturm
gabriele.sturm@bbr.bund.de

Redaktion

Katina Gutberlet

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bildnachweis

BBSR, Referate I 2, I 6, Stab D

Bestellungen

rita.kluetsch@bbr.bund.de

Die BBSR-Berichte KOMPAKT erscheinen in unregelmäßiger Folge. Interessenten erhalten sie kostenlos.

ISSN 1867-0547 (Printversion)

ISBN 978-3-87994-607-5

Newsletter „BBSR-Forschung-Online“

Der kostenlose Newsletter informiert monatlich über neue Veröffentlichungen, Internetbeiträge und Veranstaltungstermine des BBSR.

www.bbsr.bund.de/BBSR/newsletter